



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 37; Oktober 2005

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Vorfeld des informellen Europäischen Rates („Globalisierungsgipfel“) in Hampton Court erläuterte uns der britische Premierminister und derzeitige Ratspräsident Tony Blair in dieser Plenarwoche wieder einmal seine altbekannten Ideen zur Zukunft der EU. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Globalisierungsfrage stand die durch eine rot-grüne Allianz unseres Hauses erzwungene Aussprache zu den umstrittenen Kommentaren des Binnenmarkt-Kommissars Charlie McCreevy hinsichtlich der Vereinbarkeit des schwedischen Sozialmodells mit dem EU-Binnenmarkt. Außerdem (u.a.) auf der Tagesordnung: Vogelgrippe, Lebensmittelsicherheit, Abfallverbringung, Treibhausgase, die Kandidatenländer Rumänien und Bulgarien sowie der EU-Haushalt 2006.

Vogelgrippe

Rat und die Kommission erläuterten die derzeitige Strategie im Kampf gegen die Vogelgrippe. Die Kommission schlug vor, ein obligatorisches EU-Importverbot für Wild- und Ziervögel aus aller Welt einzuführen. Dieses zunächst auf einen Monat begrenzte Einfuhrverbot wurde am 25. Oktober 2005 von EU-Veterinärexperten gebilligt. Außerdem führten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Kommission eine dreitägige Konferenz (24.-26. Ok-

tober) in Kopenhagen durch, um zu analysieren, wie gut die 52 Mitglieder der WHO auf einen möglichen Ausbruch der Vogelgrippe vorbereitet sind.

Lebensmittelzusatzstoffe

Das Europäische Parlament beschloss die Änderung zweier Richtlinien über Lebensmittelzusatzstoffe und Süßungsmittel. Ziel ist es, diese Richtlinien an die wissenschaftliche Entwicklung und den technischen Fortschritt anzupassen. Eine Ausnahme gilt für bestimmte traditionell hergestellte Erzeugnisse: Sie dürfen – im Gegensatz zu anderen Lebensmitteln – eine gewisse Menge an Nitrat bzw. Nitrit enthalten.

Abfallverbringung

Auch Abfall ist eine Ware: Im Laufe der letzten Jahre hat sich ein riesiger und ständig weiter wachsender europäischer Abfallmarkt entwickelt. Es gibt immer mehr Abfalltransporte über große Entfernungen und über die Grenzen hinweg. Die nationalen Kontrollen aber sind oft zu lasch oder gar nicht vorhanden. In Zweiter Lesung befassten wir uns daher mit Vorschlägen der Kommission, die steigende Abfallverbringung innerhalb der EU besser zu regeln und so die Umwelt nachhaltiger zu schützen. Durch diese neue Verordnung sollen neuere Standards der OECD und des Basler Übereinkommens in europäisches Recht integriert werden. Um ein langwierig-

ges Vermittlungsverfahren zu verhindern und so dieses Gesetz schnell in Kraft setzen zu können, hatte sich das Parlament im Vorfeld mit dem Ministerrat geeinigt. Die neue Verordnung wird eine mittlerweile überholte EU-Verordnung aus dem Jahr 1993 ersetzen.

Haushalt 2006

Das vom Ministerrat für das kommende Jahr 2006 mit 111,4 Mrd. Euro auf 1,01% des Brutto-Nationaleinkommens (BNE) angesetzte EU-Haushaltsvolumen erschien dem Parlament unangemessen niedrig. Daher stockten wir den Haushaltsplan auf 115,4 Mrd. Euro (1,04% des BNE) auf. Diese Aufstockung steht aber weiterhin in Einklang mit dem haushaltspolitischen Sparzwang!

Lebenslanges Lernen

Die Kommission plante für das EU-Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens ein Budget von 13.620,- Mio. Euro für den Zeitraum 2007-2013. Angesichts der Bedeutung des Themas Bildung für die Zukunft der EU stockten wir das Budget dieses Programms aber schließlich um 757 Mio. Euro auf 14.377,- Mrd. Euro für den Zeitraum 2007-2013 auf. Außerdem forderte das Europäische Parlament eine Verdoppelung des ERASMUS-Stipendiums auf 300 Euro bis zum Jahr 2013.

EU-Mittelmeer

Am 28. November 2005 wird der Barcelona-Prozess, also der institutionelle Rahmen für die Zusammenarbeit der EU mit den Mittelmeerländern, zehn Jahre alt. Ziel des Barcelona-Prozesses ist es, Frieden, Stabilität und Wohlstand im Mittelmeerraum zu fördern, um letztendlich den Einwanderungsdruck auf die EU zu verringern. Zwar hat die Partnerschaft Europa-Mittelmeer bisher nicht zur Lösung der großen Konflikte im Mittelmeerraum geführt; dennoch verfolgen wir weiterhin unser wichtigstes

Ziel für diese Region, nämlich die dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Ohne Frieden wird es keinen Fortschritt geben!

Bulgarien und Rumänien

Die Kommission stellte die Fortschrittsberichte für die Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien vor. Danach macht Bulgarien nur noch verhaltene Fortschritte auf seinem Weg in die EU. Noch immer bestehen massive Defizite bei der Erfüllung der Verpflichtungen. Bemerkenswerterweise hat jedoch Rumänien, das noch vor Jahresfrist weit hinter Bulgarien „hinterherhinkte“, ganz erstaunliche Fortschritte gemacht und befindet sich daher auf bestem Wege in die EU. Trotzdem kann weiterhin mit einem Beitrittsaufschub für beide Länder um mindestens ein Jahr auf 2008 gerechnet werden.

Fluorgase

Eine neue Richtlinie über Emissionen aus Klimaanlage in Kraftfahrzeugen verbietet die Verwendung von Fluorgasen mit einem globalen Treibhauspotenzial (GWP) von über 150 ab dem Jahr 2011 in neuen Fahrzeugmodellen und ab dem Jahr 2017 in allen Neufahrzeugen. Die Vorschläge, die wir in zweiter Lesung behandelten, zielen auf eine Verminderung der Emissionen von fluorierten Kohlenwasserstoffen (HFC), perfluorierten Kohlenwasserstoffen (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF6).

Bis zum nächsten Straßburgbrief!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Rückfragen bitte an mein Büro in Brüssel:

Tel. 0032-228-47383

E-mail: rsommer@europarl.eu.int